

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Posen, Donnerstag und Sonnabend

Leipzig, den 19. Dezember 1922

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 Mk. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 30 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 147

### Die Kurschwankung nach rechts in Deutschland

Die sozialistenreine Reichsregierung, die wir seit dem Stuhlag in Zustandskonvention haben, ist ein deutliches Kennzeichen, in welchem kurze Deutschland steuert, selbst dem es den „Verbindungsstellen“ der Schwerindustrie und des Großkapitals gelungen war, auch die möglichen Streitigkeiten gegen den „Erfüllungskanzler“ Wirth und seine in der Minderheit befindlichen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder aufzubringen. Die wiederwärtigen „Reparationsgespräche“ mit deutschen „Industrie- und Finanzkapitalen“ bildeten aber gar bald für die Polarkreise eine Enttäuschung, weil sie ihre Pappentwässerung nicht nach Worten und Taten zu unterscheiden verstanden. Galt wäre es diesen Striktmachern noch gelungen, den famolen Sermes, der schon längst als Wolltrockner des Willens der Deutschen Volkspartei gilt, an die Stelle der herzhaften Mannsnatur Wirth zu setzen, der leider in der letzten Zeit das Diplomatische als der Weisheit besseren Schluss zu erproben gedachte, was bei seiner Geradsinnigkeit jedoch ein untauglicher Versuch bleiben mußte. Dr. S. Wirth zuletzt war ein etwas anderer als der Reichskanzler, den die nach der Ermordung Erzbergers im Juli 1921 von ihm gesprochenen Worte, „bei einem Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse werde man ihn auf der Stelle des Proletariats finden, in der Arbeiterklasse aber nicht“, in solcher Position nicht hätte ertragen können. Der Mord an Rathenau, der ihm in staatsmännlicher Führereigenschaft eher überlegen war, trug ihn noch einmal auf die Höhe wirklicher Volksnähe. Als aber die Skandale der Wirtschaftsdiktaturen und die offeneren Vorstöße der reaktionären Politik der Helferei und Sertg sich gegen ihn häuften und die eigentlich zur Verbindung der Vereinigung von SPD. und USV. gebildete Arbeitsgemeinschaft aller bürgerlichen Parteien im Reichstage sich als eine Abkehr von der alten beschränkten Koalition erwies und die große Koalition zur Tagesparole wurde, da war für jeden Gebenden die Kurschwankung nach rechts offenkundig. Wirth versuchte den Reichskanzler noch herumzujagen, aber er warf ihn nur um dabei und kam darunter zu liegen.

Ein buchstäblicher Dolchstoß brachte also die Regierung Wirth zu Fall. Die bürgerlichen Parteien hatten die von den großen Profitheben mit reparationsfreundlicher Tendenz verbrannten „Staatsnotwendigkeiten“ der Befestigung des Wirtschaftstages, dem Erfordernisse der Produktionssteigerung und Aufhebung auch der Reste von Zwangswirtschaft glatt geschluckt. Es war auch zu parteiunabhängigen Stellungnahmen gekommen, die ausgesprochen in der Richtung nach rechts gingen. Die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien und der Regierungswechsel haben denn auch zu kritischer Beurteilung geführt von Personen und Kreisen, die außerhalb der Sozialdemokratie stehen. Eine Konferenz der katholischen Arbeitervereine des Westens hat Ende November die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft als „eine Gefahr für die demokratische und soziale Entwicklung der Republik“ charakterisiert. Es scheint jetzt eine neue Erfüllungspolitik gemacht zu werden; eine Politik, die auf Kosten der wirtschaftlich Schwachen gehen sollte. In der Programmrede Cunos vermisse die Arbeiterklasse jedes warme Empfinden für ihre Bedürfnisse, die Konferenz stehe daher dem neuen Kabinett mit größtem Vorbehalt und Mißtrauen gegenüber. In den ersten Dezembertagen wurde ebenfalls in Düsseldorf ein Begrüßung der demokratischen Partei abgehalten, auf der der dem Vorstande dieser Partei angehörende Reichstagsabgeordnete Erkelenz sehr bemerkenswerte Ausführungen machte. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte sei innerpolitisch verhängnisvoll. Anstatt die große Koalition zu bringen, führe sie zum Auseinanderstreben der Kräfte. Das Gefährliche auf dem Wirtschaftstage sei so ziemlich die förmliche Politik, die man sich denken könne. Es müsse eine Steuerreform kommen, die alle Steuerzahler ihre

Steuern nach dem gleichen Geldwerte zahlen lasse. Die Lohn- und Gehaltsempfänger hätten für 1921 rund 126 Stundenlöhne als Einkommensteuer aufwenden müssen; brauchen sie erst jetzt ihre Steuer zu bezahlen, dann ginge es mit nur acht Stundenlöhnen ab. Die übrigen Steuerzahler genössen also eine große steuerliche Bevorzugung. Das Cuno Verantwortlichkeitsgefühl bestimme und deshalb den Reichskongressen übernommen habe, wäre zu begrüßen, mit seinem Ministerium könne man sich aber nicht befreunden. Die Sozialdemokratie beuge sich durch ihre Selbstauschaltung in Gefahr; in Österreich habe sie vorerst das Spiel verloren, denn das Volk werde letzten Endes dem zuzubehalten, der das Land gesund mache. Die Mittelparteien aber könnten zum Scheitern verurteilt werden in Folge ihres Unverständnis für den Seelenzustand der breiten Massen.

Das sind beachtliche Zustellungen und Kundgebungen. Die katholischen Arbeitervereine im Westen sind politisch beim Zentrum und gewerkschaftlich bei den christlichen Gewerkschaften beheimatet. Der demokratische Führer Anton Erkelenz jedoch ist gewerkschaftlich ein aller hervorragender Kirch-Dunkleraner. Was da auf den Düsseldorf Tagungen erklärt worden ist, sind, als Ganzes betrachtet, nicht nur vernünftige Gedanken aus der Gut reaktionärer Worte jetzt, sondern auch recht kritische Bemerkungen über das Verhalten der eigenen Parteien. Hier liegt nun der Haie im Pfeffer. Wenn man das politische Geschehen der letzten Wochen und Monate überblickt, immer ergibt sich eine bis zur Selbstenttäuschung gehende Schuldhaft dieser Parteien mit denen, der Rechten. Die Deutsche Volkspartei ist als vollkommene Richtung der Schwerindustriellen und der Hochfinanz langsam geworden. Der deutschen Republik sind diese Leute ergeben, wie ein Gelatinisationsgelenk mit einer ihm nicht genehmen Sache umgeht. Die unreaktionären Deutschnationalen haben gegenüber diesen Chamäleons den Vorzug einer brutal-offenherzigen Feindschaft gegen das im November 1918 erstandene neue Deutschland. Die Mittelparteien Zentrum, Demokraten usw. sind nicht in Stande, die Volkspartei in ihrem scharfen Kurs nach rechts aufzuhalten. Selbst der neuen Reichsregierung, die trotz der ihr angedichteten Überparteilichkeit von der Volkspartei deutlich abgeknüpft ist, bereiten sie Schwierigkeiten aller Art. Wenn der unheimliche Diktator Deutschlands mit seiner vom getreuen Erdolin Paul Le ich Leipziger ultraradikalen Untergangens prompt befragten Knippelpolitik gegenüber den an die Londoner Konferenz gerichteten neuen Reparationsvorwürfen auch von dem Reichsbund der Industrie desentworf worden ist, so hat man doch damit Sinnnes nicht etwa halbgelöst. Dieser schon oft und meist recht gründlich mit seinen politischen Schwachzügen hereingefallene Gewerkschaftspolitiker in Riesenformat zehrt sich für eine kurze Weile in seine Vorhaut zurück, bis ihn seine Herrschsucht von neuem treibt, der hohen, der Reparations- oder der Wirtschaftspolitik Deutschlands die Wege vorzuschreiben. Sein unbestreitbares Grobverdieneregent verhilft ihm zu den vielfältigsten Eingebungen dabei. Die Macht der von ihm in großem Umfang aufgekauften, in allem dem Besitze dienenden Presse geht skrupellos mit ins Zeug, und wenn der Boden gut vorbereitet ist, wird auch die Regierung gestürzt. Eifrige Helfer sind hierbei die Helfer che, und von den „kühnen Pionieren der deutschen Industrie“ macht dann auch gar mancher solche Schiebungen mit, der sonst einmal dem Diktator Sinnnes als die Hülfen Augen tritt, um das Gesicht zu wahren. Die Nebenregierung der Industrie, Bank- und Handelsgrößen ist im Gegensatz zu der viel angegriffenen, aber mehr legendären Nebenregierung der Gewerkschaften etwas Taktisches geworden. Während Reich und Volk immer mehr verarmen, schwingen diese Machthaber von Kapitalgaden noch die Gelbe rücksichtsloser Interessenverfechtung über ihnen.

Dabei macht ihnen die Anrichtigkeit der Deutschnationalen und der mit diesen in einer Entente cordiale stehenden Deutsch-Völkischen, National- und Deutschsozialisten gar nichts aus. Wer im Einzelfalle als intellektueller Arbeiter oder finanzieller Träger für die

schadenvollen Worte und Taten des nun in Leipziger sicherem Gewahram befindlichen Kapplsten Ehrhardt, der Kolander, Rohbach, Siller und Konforten, der bereits in „Sunderthaken“ von Mäntchen nach Württemberg zur Entseftung von Strakenkämpfern lebenden Faschistenbanden, für die gemeinen Meuchelorde und Mordveruche der „National- und Barbelden aus dem Rathenau, Scheidemann“ und dem durch „Volksrichter“ in Berlin soeben verhandelten Garben-Prozess, für die aus Bayern bedrohlicher werdenden Anzeichen der zu neuen Putschversuchen ausbuhenden Reaktion sowie für die die Entente brüskierenden nationalpolitischen Exzesse in Ingolstadt und Passau in Betracht kommt, ist nicht das Ausschlaggebende. Der Rechtskurs in Deutschland erfährt dadurch und durch noch viele Merkmale auf wirtschaftspolitischen Gebiet aber eine handgreifliche Illustration! Daß nicht nur in Ungarn, in Österreich, in Italien, in Bayern und von da nach dem Norden vordringend die Reaktion sichtig auf dem Markt ist, sondern in ganz Europa Freiheit, Demokratie und Sozialismus sich gegenüber dem Kapitalismus und seinen politisch wie wirtschaftlich rücksichtslichen Ausströmungen in der Defensive befinden, hat selbst der in Moskau tagenden kommunistischen Internationalen zu ersten Betrachtungen über die ausstehende Gegenrevolution Anlaß gegeben. Natürlich ist man um Mittel dagegen wieder nicht verlegen gewesen; überall Arbeiterregierungen und dann eine große Offensive gegen den Aufmarsch des Kapitalismus sind die schnell gefundenen, aber nie sich auswirkenden Rezepte dieser bis zur Gewaltsamkeit fortgeschrittenen Internationalen. Doch wo sie selbst einmal das Mittel in der Hand haben, etwas zur Wirklichkeit werden zu lassen, da löppern sie wie in Sachsen mit Verletzung der Arbeiterregierung und inzwischen erfolgter Stampsanlage an die sozialdemokratische Minderheitsregierung dazwischen wie einst Wilhelm, der Stillerwochenmann vor Doorn, ganz Europa durcheinander gebracht hat. Der kommunistisch-syndikalistisch-unionistische Großstreik in Ludwigshafen zeigt diese Volksbeglückter auch wieder als bewußte Verkörper gewerkschaftlicher Erfolgsarbeit. Auch die Kommunisten steuern also kräftig im Rechtskurs!

In solch illustre Gesellschaft haben die Mittelparteien Zusucht gesucht, nachdem sie dem Zuge der Zeit nach rechts folgend von ihren bisherigen Koalitionsgenossen abgerückt sind. Eine ganze Kette von Verschlechterungen und Willkürakten gegen die Volksgemeinschaft, angefangen von der geschwändigen nachträglichen Erhöhung des ersten Drittels der Getreidemenge, fortgesetzt bei der Duldung des Vorkriegspreises der Landwirte, nur gefügiges Erfordernis bei der Anmeldung einer weiteren, gar lebenslangen Erhöhung des Getreidepreises, Mitgehen bei allen auf schrankenlose Ausbeutung der Volksmassen gerichteten Maßnahmen bis zu den jüngsten skandalösen Steuerabwälzungen auf die Arbeiter und Angestellten im Steuerauschnitt und im Plenum des Reichstages. Die nach ihrer Steuerleistung als die Träger des Staates anzulebenden Lohn- und Gehaltsempfänger noch mehr heranzunehmen, den Veltz aber weiter in entwertetem Papiergeld verspätet bezahlen zu lassen, ist in dem Maße sogar der rechtsgerichteten Reichsregierung zu viel gewesen. In Reichswirtschaftsräte haben die Unternehmervertreter in Sachen des Arbeitszeitgesetzes bzw. des Wirtschaftstages ebenfalls in der vergangenen Woche ungeniert ein Bekennntnis zum Rückschritt abgelegt, wobei ihnen der fonderbare sozialdemokratische Heilige Max Cohen leider wieder den Steigbügel gehalten hat, wenn auch diesmal mit einigen Vorbehalten. Wobin man also sieht, ist die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft als reaktionärer Block gegen die Arbeiterklasse tätig, auch gegen die Arbeiter- und Angestelltenkreise in ihren Parteien. Nicht einmal war sie zum Schutze der von einem Hungerwinter bedrohten Volksmassen bereit zu stehen. Immer sind nun die bürgerlichen Parteien von Sertg bis Reich eines Cunos für die an sich schon maßlos sich bereichernden Agrarier und Industriellen.

Der Feind steht rechts! Das mußte für die sozialdemokratische Partei nach der ganzen Entwicklung der Dinge bestimmend sein, als der Wirth hatte aufsteigen

lassen, um der offen zur Macht strebenden Volkspartei Genüge zu tun. Sie von dem auch sehr strebsamen, jetzt aber ob seiner staatsmännlichen Manieren bei den christlichen Wählern in Mitleid mit kommenden Adam Siegerwald erlaubende und betriebene große Koalition wurde zur Lösung. Bis jetzt schon nach dem Verhältnis ihrer Stärke in der Reichsregierung zu schwach vertreten, sollte die Sozialdemokratie noch mehr zurückgedrängt werden, damit die Volkspartei ein paar Gelenkgruppen auf Ministerfüße setzen könnte. Unter Wirth war es je länger je mehr schon zu einer peinlichen Sache geworden, die Regierung an den sich auswendigen lurchbaren inneren Schäden vorübergehen zu lassen. In der großen Koalition hätten die Sozialdemokraten einfach die Prägung abgeben und die Kurzsichtigkeit nach rechts überblicken lassen müssen. Das wäre unerträglich gewesen. Als dann Sinnes keine Wegenerhöhung zur Marktabstufung bekundet und den Jubiläumstag als Deutschlands Erlösung bezeichnet hatte, der Demokrat Wohlhelm schlimmer als die Schwerindustrieellen Schöten und Männer gegen den Achtstundentag und die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter anrannte, da stellte sich die Sozialdemokratie mit ihren Forderungen nach einer Stützungsaktion der Marktabstufung der Reichsbank, nach einer inneren Goldanleihe und nach härtester Bekämpfung der Devisenpekulation zunächst in völligen Gegensatz zu dem Standpunkte der übrigen Parteien, Unter dem Druck der Enten, die in den Forderungen der Sozialdemokratie nummehr einen Tatwille erblickte, gab die widerstrebende großkapitalistische Regierung schließlich abgerund nach, es kam sogar noch zu der fast einmütigen Reparationsnote Wirths vom 13. November. Die der Sozialdemokratie nachgelagte Einwilligung zur Aufhebung des Achtstundentags und der Zwangswirtschaft hat sich als eine eigenmächtige Interpretation dieser Note herausgestellt. Wenn aber ein maßgebender Auslöser der Deutschen Volkspartei kurz zuvor in einer Enklave die Ursache der Volksverarmung in der „verfehlten Wirtschaft, Steuer- und Sozialpolitik“ erblickt und „jede Goldverwendung zur Stabilisierung unter bisherigen Währung für nutzlos und schädlich“ erklärt hatte, dann war das ein Grund mehr, mit der Volkspartei eine Koalition abzulehnen.

Die Enklave war nicht leicht. Nach den Erfahrungen namentlich in Bayern mußte vom Draußenbleiben der Sozialdemokratie noch ein härterer Rechtskurs angenommen werden; wo man nichts mildern kann, ist auch eine Beeinflussung im eigenen Sinne kaum möglich. Die Frage der Koalitionsregierung konnte nicht an sich eine neue Auslösung erfahren, auch nicht dadurch, daß in der nun wieder überlegten Sozialdemokratie sich noch nicht alles abgeklärt hatte; zu weit entgegenkommende Kompromisse haben schärfe Kompromißgegner zum Gegenstand. Mit Männern wie Wirth und Rathenau in der Regierung Deutschlands zu sitzen, konnte keinem für die Volkspartei ernsthaft bemühten Sozialdemokraten befallen sein. Becker (Kessen), auf den das Unternehmertum doch sehr, ist jedoch ein Hindernis. Cuno hat sich wenigstens als ein Mann von Verantwortungssinn gezeigt, was von den großen volksparteilichen Regierungsgliedern nicht gesagt werden kann. Seine Reden bis jetzt zeigen ihn recht sagbar, für die wahren Volksinteressen die richtigen Worte zu finden. Mit der Klassenverföhrung ist es erst recht nicht mehr, nachdem die Seele seiner politischen Einstellung jetzt alles zur Verschärfung des Klassenkampfes tun. Daß er im Reichswirtschaftsrat erklärte, er werde sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen, war schon eine gegen Sinnes gerichtete Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie ist erst schwankend gewesen in ihrer Entscheidung, dann aber schlug sie die Füre kräftig zu und etwa 30 ihrer Abgeordneten entließen sich sogar bei der Billigungsformel für die Regierung Cuno im Reichstage der Stimme.

Daß im Augenblicke sich die Situation für die neue Regierung gebessert hat, ist Polycarés Niederlage auf der Konferenz in London zuzuschreiben. Die hier nach „produktiven Mäandern“ (Belegung des Ruhrgebietes) ist bei diesem Überdauern eben so krankhaft und verfehlt als bei den wahren Volksparteilichen die Abneigung gegen eine vernünftige Reparationspolitik. Sie werden trotz Cunos Einstellung für England und Amerika und eine veränderte Behandlung Frankreichs damit wieder hervorbrechen. Die Regierung Cuno hat schon zu viel von der Volkspartei geessen, sie wird an ihr auch sterben. So schneller der Rechtskurs sich vollzieht, um so talcher geht es mit der „überparteilichen“ Minderheitsregierung im Reich zu Ende. Dann hat aber dieser Reichstag endlich ausgespielt. Dann muß die Vergeltung für den 6. Juni 1920 kommen, oder die Michelballigkeit der Deutschen ist trotz der härtesten Magenschläge unauströbar. Die Arbeiterchaft wird hoffentlich dafür sorgen, daß es für die zweite bürgerliche Regierung eine Abwägung durch die Sozialdemokratie gibt. Die bürgerliche Arbeiterschaft ist auf dem besten Wege, alles in untereinander und gegen sich aufzuküngen, daß nach dem verfahrenen Rechtskurs eine Vinklatur als Erlösung betrachtet werden wird nicht nur von den direkten Einhängern der Sozialdemokratie.

## □□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Vom 23. bis 25. November fand in Berlin ein von der kommunistischen Partei Deutschlands einberufener „Reichsbetriebsrätekongress“ statt. Trotz dem stolischen Anknüpfungen dieses Kongresses an alten Streikereichen ist er ohne sonderliche Teilnahme der Arbeiterchaft verlaufen, und sein Ergebnis ist gleich Null. Das gefand selbst die „Rote Fahne“ verdammt ein, wenn sie offen zugab, daß der Reichsbetriebsrätekongress nach so wenig Macht in der Hand hatte, um entscheidenden Einfluß ausüben zu können. Diese wesentliche Konstatierung wurde zwar durch allerlei Geschrei über die böse Gewerkschaftsbureaokratie und ihren verderblichen Einfluß auf die Arbeiterchaft abguschwächen versucht, aber damit wird abgesehen von der Falschheit geäußert, daß sich die Falschheit in eine Schamade verwandelt. Es wird nicht das letztere sein, daß auf dem harten Boden realer Wirtschaftspolitik ein Phantasiegebilde zusammenbricht.

Was uns veranlaßt, die verunglückte kommunistische Veranstaltung zu erwähnen, sind gewisse Folgen, die viele Tausende von Arbeitern am eigenen Leibe zu verspüren haben in einer Zeit kaum noch zu ertragender schlimmster wirtschaftlicher Not und Sorge. Am 23. November brach nämlich ein Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen aus, der allen gewerkschaftlichen Erfahrungen bei Arbeitskämpfen Sohn sprich. Die Ursache ist folgende: Die Ludwigshafener Kommunisten in dem genannten Betriebe wollten zeigen, daß sie auf der Höhe sind und beriefen eine allgemeine Betriebsversammlung ein, auf deren Tagesordnung man zwar „Lohnfragen“ gesetzt hatte, die in Wirklichkeit jedoch die Beilegung des kommunistischen Reichsbetriebsrätekongresses in Berlin betrafen sollte. Entgegen den Warnungen der Gewerkschaften wählte die Versammlung fünf Delegierte und brachte durch Sammlungen die Kosten dafür auf. Obendrein beschloß sie, daß die Arbeiterchaft geschlossen hinter den Delegierten stehen solle, falls diese gemahregelt würden. Die Firma, der ein Streik vielleicht nicht unwillkommen sein mochte, verweigerte den Delegierten den Urlaub und drohte ihnen die Entlassung an, falls sie der Arbeit fernblieben. Drei der Gewählten nahmen trotzdem am Kongress teil und wurden daraufhin sritlos entlassen. Nun sollten die Versammlungsleiternehmer ihr Verprechen einlösen. Manchem mochten jezt aber doch Bedenken aufsteigen, ob die Ursache wirklich das Geld war, das ein solcher Streik nach sich zieht; ob es wirklich angebracht ist, kurz vor Weihnachten Tausende von Frauen und Kindern dem Hunger zu überantworten, nur um dreier Fanaliker willen. Es blieb zunächst bei der passiven Resistenz. Darauf erließ die Firma eine Warnung. Nummehr bildeten sich kommunistische Strohstraps, die von Betrieb zu Betrieb zogen und die Feuer herausriefen.

Die Vertrauensleute und Funktionäre der Gewerkschaften sahen, was in ihren Kräfte stand, um die Beilegung der Badischen Anilin- und Sodafabrik von unheiligen Schritten zurückzubringen. Noch am Morgen des 28. November verbreiteten die Vertrauensleute der Gewerkschaften ein Flugblatt an die Belegschaft, das eindringlich vor dem Streik warnte. Es war jedoch umsonst. Nachdem am Abend des 27. bereits das Oppauer Werk stillgelegt worden war, kam es am 28. auch zur Stilllegung des alten Werkes, zum Teil als Folge der Betriebsinstellung in Oppau. Kennzeichnend für die Sachlage ist, daß die Drohzieher es ablehnten, die Beilegung selber darüber abstimmen zu lassen, ob sie in den Streik treten wolle oder nicht. Ein großer Teil der Arbeiterchaft ist schon seit Jahren organisiert und mußte sich klar darüber sein, daß ein so unheilig unternehmener wilder Streik ganz und gar keine Aussicht hat, von den Gewerkschaften unterstützt zu werden. Am so bedauerlicher ist es darum, daß sich die Mehrheit von einer Minderheit verewaltigen ließ.

Keinem Gewerkschaftler wird es entfallen, das Verhalten der Firma für richtig zu halten oder es gar zu entschuldigen. Was die Arbeiter während ihres Urlaubs machten, ging die Firma nichts an. Ihr Verhalten ist richtichstos im höchsten Grade. Damit ist aber durchaus noch nicht ein wilder Streik zu rechtfertigen, noch dazu um einer solchen Ursache willen. Die Firma hofft, daß die er Streik die Folge haben werde, einem recht großen Teile die Lust gründlich auszutreiben, jemals wieder in einen Streik zu treten, selbst in solchem Falle, wo ein Streik notwendig wäre. Geht das, so kann die Firma später mit Arbeitern machen, was sie will, und die Arbeiter können sich dafür bei den Drahtziehern bedanken.

Der „Proletarier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, dem die Mehrheit der Streikenden angehört, rechnet mit den Streiktreibern sehr scharf ab und stellt fest: „Die kommunistische Partei hat freventlich und leichsinnig ohne bestimmte Ursache, entgegen allen gewerkschaftlichen Regeln und Erfahrungen, aber mit Absicht den Streik in Ludwigshafen provoziert. Sie hat versucht, wegen eines leichsinnig geschaffenen Konflikts von untergeordneter Bedeutung zu den Tausenden noch weitere Hunderttausende von Familienvätern ins Geld zu treiben. Und wenn es in der „Roten Fahne“ heißt, daß die Bureaokratie des Fabrikarbeiterverbandes noch nie einen Streik sanktioniert hat, so ist hierzu bemerkt: Die Bureaokraten des Fabrikarbeiterverbandes haben nicht das Recht, die Dummheiten der kommunistischen Partei zu finanzieren.“ Auf demselben Standpunkte wie der Fabrikarbeiterverband stehen auch die andern Gewerkschaften, deren Mitglieder von dem wilden Streik in Mitleidenschaft gezogen sind,

Die kommunistische Presse versucht alles mögliche, um die Bedeutung des Ludwigshafener Streiks aufzubauschen und ihn in der latam bekannten Manier „vorbereit zu treiben“. Dabei ergibt sich gegen die pflanzbewußt handelnden Gewerkschaftsfunktionäre, die bemächtigt sind, das Unheil für die Opfer des Streiks zu beschränken, eine wahre Schlammlut von Beschimpfungen und Unterstellungen.

Auch ein paar kommunistische Schüringer Buchdrucker verprügeln auf plumpe Weise ihr Gift gegen die ihnen in der Seele verhassten Gewerkschaftsleiter, die nicht nach der Weise der Kommunisten laugen wollen. In einem „An die Mitglieder des deutschen Buchdruckerverbandes“ überföhrieben, in der „Neuen Zeitung“ in Genä veröffentlichten Aufruf, um diesen Nachdruck gar die deutsche Arbeiterpartei gebeten wurde, verdruckt man den untern schweizerischen Kollegen vom Internationismus aufgedrängten Kampf gegen veröflichter Lohn- und Arbeitsbedingungen gewaltiam in eine Parallele zu stellen mit dem wegen einer nachstigen Ursache von kommunistischer Seite heraufbeschworbenen wilden Streik in der Pfalz, in dem nach und nach etwa 30000 Arbeiter wider ihren Willen verewicht worden sind! Der Hauptvortrag des Buchdruckerverbandes, so heißt es in dem erwähnten Aufrufe der schüringerischen Gewerkschaftsleiter, habe sich pflanzlich auf seine Pflichten als Arbeitervertretung besonnen und einen Arbeitsvertrag wohl für die streikenden Schweizer Buchdrucker ausgeschrieben, aber nicht für die kämpfenden Anflinarbeiter. Eine köstliche Nationalität! Über es wird von den „gelehrten“ Verewaltigern des Aufrufs auch verfallen, weshalb das unverschämte: „Die deutschen Anflinarbeiter haben ihre Form Gewerkschaftsleiter nicht gefragt, ob sie (die Arbeiter) die Unternehmerangriffe abwehren dürfen. Die Gewerkschaftsleiter hätten diesen Streik nicht genehmigt und genehmigen ihn heute noch nicht. Denn die deutschen Gewerkschaftsleiter sind für den Zehnfüßentag und für den Lohnabbau!“ Gegen gemeine Unterstellungen polemisiert man nicht, man hängt sie einfach nieder. Die betreffenden Gewerkschaftsleiter verdienen eigentlich schon die Lobzettel ausgehandelt zu werden — in Stein natürlich — um an des alten Sanftmutes Stelle den Jenseitigen Marktplatz zu „sieren“.

Auf keinen Fall dürfen die kommunistischen Anflinarbeiter des Ludwigshafener Streiks der Anflinarbeiter Ludwigshafens der Sache hervorgehen. Die Streik „leitenden“ kommt es instinktiv zu fühlen, daß die Zahl der Opfer in keinem Verhältnis steht zum Kampfergebnis. Es ist doch gewiß bemerkenswert, daß die Anflinarbeiter des Streiks, obwohl sie eine ordnungsmäßige Umabstimmung über den Streik in den Streik hinterließen, jezt die Umabstimmung der Streikenden über die Beendigung des Streiks fordern, d. h. darüber, wann und unter welchen Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Vorherhand haben die Macher des Streiks die schweren Aufgabe, für die nach Zehnfüßentag abgebenen Opfer Unterwürdigung heraufzuschaffen. Um dabei größeren Erfolg zu haben, schreut man nicht davor zurück, die „Machheit“ zu verewigen, und die gemagelten „Fellwunden“ erschleimen in der kommunistischen Presse. U. a. wird behauptet, die Badische Anilin- und Sodafabrik habe die Einführung des Zehnfüßentags gefordert und außerdem hätte Lohnifferenzen zum Streik geführt. Das wird im Verbandsorgan der Fabrikarbeiter, dem „Proletarier“, ausdrücklich als bewusste Lüge gebrandmarkt.

In einem gemeinsamen Aufrufe haben die Berliner Gewerkschaftskommission und das Berliner Ortskartell der Ull gewarnt, Unterstützungsgelder zu schicken. Einen solchen Streik unterstützen, hieße die kommunistischen Gewerkschaftsleiter nur zu neuem Tun ermannern. Das liegt aber durchaus nicht im Interesse der Arbeiterchaft, denn durch kommunistische Sonderaktionen wird nur das Herz der Indifferenten, der Weichen, vergrößert und die Arbeit der Gewerkschaften erschwert. Das dürfte sich auch diesmal zeigen. Die heftigsten Gewerkschaftsfunktionäre geben sich die größte Mühe, das Geld der Opfer des Streiks zu mildern, und dankenswerterweise treten auch die von dem Streik betroffenen Stadtgemeinden entsprechende Maßnahmen ab. Es kann jezt nur das eine geben, den wilden Streik schnellstens zu beendigen. Seit dem 7. Dezember finden Verhandlungen statt zwischen den Werkleitern der betroffenen Betriebe und den Gewerkschaftsvorständen. Die Streikleitung ist dabei nicht beteiligt, dies kann vielmehr froh sein, wenn es den ihrer Verantwortung bewählten Gewerkschaftsleitern gelingt, die Sache wieder einigermaßen einzurenken. In einer Anzahl von Betrieben, wo die Arbeiter sich zum Sympathiestreik verewicht haben, wurde die Arbeit bereits wieder aufgenommen.

Stark ist nur dort, wo Einigkeit und Vernunft herrschen und wo gewerkschaftliche Disziplin gelbt wird. Wenn diese Eigenschaften fehlen, trägt jede gewerkschaftliche Aktion den Stempel der Ohnmacht und Ausichtslosigkeit an der Stirn. Die Arbeiter sind in solchem Falle die eigentlichen Leidtragenden, weil das Unternehmertum gern die willkommene Gelegenheit benützt, um einer geschwächten Arbeiterchaft den Fuß an den Nacken zu legen. Das muß gerade in diesen schmerzlichen aller Zeiten gekämpft werden. Dazu gebören freilich Wissen, Erfahrung, Klugheit und Begabung für das Praktische, während für blindes Draufgängerium die Anwendung Dummheit, brutaler Gewalt genügt. Wahre Macht schließt jede Gewalt aus. Nur wo die Macht jezt, wird die Gewalt als einfaches und bequemes Erfahnmittel angewendet. Wie oft werden diese Winkenwahrheiten den Arbeitern noch vorgepredigt werden müssen, ehe sie aus Vorkommnissen lernen, die, wie der wilde Streik der pflanzlichen Anflinarbeiter, den jahrzehntelangen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung ins Gesicht schlagen!

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Polen.** Von der Leitung der Buchdruckerorganisation in Krakau ging uns die Mitteilung zu, daß die dortigen Buchdrucker bereits seit zehn Wochen in hartem Kampf um Verbesserung des Lohnsatzes stehen. Der Verband der Buchdruckerelbhaber bekämpft die Gehälter mit allen möglichen Mitteln, um sie zu niedrigeren zu bringen. Im Auftrag der Prinzipale befindet sich ein Direktor auf der Suche nach Streikbrechern in Deutschland. Er versucht, der polnischen Sprache kundige Seher sowie auch Drucker und Schweißgleiter nach Krakau zu engagieren. Die deutschen Kollegen werden demnach dringend ersucht, gewerkschaftliche Solidarität zu üben und keine Konditionen nach Krakau anzunehmen.

**Frankreich.** Aus der kürzlich im „Storr.“ veröffentlichten Mitteilung des Internationalen Sekretariats über die Sperrung des französischen Organisationsgebietes wegen der bevorstehenden Tarifbewegung in den Städten der Ost- und Südoftküste ging schon hervor, daß Zugang nach Frankreich bis auf weiteres streng fernzuhalten ist, und daß auch Streikarbeit nicht verrichtet werden darf. Regler verdient ganz besonders in den Grenzstädten beachtet zu werden. Von der Leitung des Bundes Flach-Verbringern des französischen Buchdruckerverbandes ging uns noch die spezielle Mitteilung zu, daß dieser Bund der Lohnbewegung der vieren Regionen des Verbandes angeschlossen ist und seine Forderungen den Prinzipalen bereits unterbreitet hat. Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß sich die Verhandlungen schmerzlich gestalten werden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es zum offenen Konflikt kommt. Aus diesem Grunde appelliert die elbisch-löblichste Gewerkschaft auch ihrerseits noch an das Solidaritätsgefühl der deutschen Buchdrucker, und wir glauben namens unserer Kollegen verheißern zu dürfen, daß die Flach-Verbringer in dieser Beziehung keine Enttäuschung erleben werden.

**Großbritannien.** Belegentlich der letzten Lohnüberlegungen im Buchdruckgewerbe Englands stehen die Prinzipale durchblicken, daß sie die Absicht hätten, die Tarifanfrage auf dem Lohngebiet in vollem Umfange dem Auftraggebern zu überlassen zu lassen. Laut amtlicher Statistik belief sich die Tarifanfrage insgesamt auf 43000 M. St. wöchentlich. Um jedoch die Wahrheit zu sagen: die Auftraggeber verpöhlen nichts von einer Herabsetzung der Druckpreise. Nach wie vor klagt die Gewerkschaft über die hohen Druckkosten. Obgleich sich hier und da eine regere Nachfrage nach Drucksachen bemerkbar macht, bleibt die gewerkschaftliche Lage im allgemeinen doch sehr beunruhigend. Die fortwährende Mangel an Arbeitslosigkeit bildet ein dringendes Problem für alle Gewerkschaften. In den Spalten des Organs der Gewerkschaftsorganisation findet man jeden Monat eine lange Liste von solchen Mitglidern, die mit ihren Beiträgen zu weit im Rückstande sind, daß sie kaum noch einzuweilen sind.

Im Lager der Buchdruckerelbhaber Londons und Südbritains ist eine gewisse Bebahligkeit zu bemerken. In der Hauptstadt, wo die Erledigung der Frage einer Lohnüberlegung lange Zeit hindurch aufgeschoben wurde, haben sich die Prinzipale nun doch entschlossen, eine neue Lohnüberlegungsbewegung einzuleiten. Rund 600 Firmen haben bereits ihren Gehältern gekündigt, um die Forderung einer Lohnüberlegung von wenigstens 8 Schilling wöchentlich durchzusetzen. Das Arbeitsministerium hat bereits Woffz genommen von einem möglicherweise bevorstehenden Streik, und es ist berechtigte Hoffnung vorhanden, die Sache ohne offenen Kampf zu regeln. In Südbritain traten die Prinzipale vor kurzem in Dublin zusammen und nahmen eine Resolution einstimmig an, die sich in der Richtung einer Lohnüberlegung von 12 Schilling 6 Pence wöchentlich bewegt, und zwar in drei Abschlüssen zwischen Jahresanfang und Ende Mal.

Aus dem Zeitungsgewerbe verdient Erwähnung, daß der Leiter der Arbeiterbewegung George Lansbury, Verleger des „Daily Herald“, des einzigen politischen Arbeiterblattes in England, über eine stehende Nachfrage nach seiner Zeitung berichten kann. Es wird jetzt in 10000 Exemplaren täglich verkauft. Das Streben des Verlags läuft indessen darauf hinaus, von „Daily Herald“ täglich eine Million Nummern abzugeben. Im Interesse der englischen Arbeiterbewegung ist sicherlich der bisher erzielte Fortschritt zu begrüßen. Vor kurzem leitete das „Law Journal“ seinen hundertsten Geburtstag. Es handelt sich um eine bedeutende Londoner Tageszeitung resp. englische Wochenzeitung. Die Jubiläumnummer war vorzüglich ausgestattet.

sehr verständlicher Weise einen kurzen Bericht von der Konferenz. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß unsere Vertreter bei der Beratung der Tarifreueuerung alles daran setzen müssen, um etwaige Verschlechterungen abzuwehren. Den Kassenbericht erstattete Kollege Kranke, worauf ihm in Anerkennung seiner Arbeit einflimmige Entlassung erteilt wurde. In Anbetracht der kürzeren Zeit wurde von der Abhaltung eines Stiftungsfestes abgesehen. Am den Monatslosten und Kranken eine Weihnachtsfeier zu machen und infolge Erhöhung des Kartellbeitrags wurde der Ortsvereinsbeitrag auf 3. Dezember auf 35 M. festgesetzt. Hierauf noch Erstattung des Kartellbeitrags.

**Hamburg-Altona.** (Versammlung am 5. Dezember.) Kollege Wabersky leitete zunächst das Briefliche Resultrat der Wahlversammlung über den Industrieverband mit. Die Beiträge zum Ortsauschusse sind für Dezember verdoppelt worden. Auf die vom UDSG. herausgegebenen Antikriegsmarkten zu 5 M. und die zum Buchhändlerverband zu 10 M. wurde empfohlen hingewiesen. Für einen ausstehenden Revisor wurde ein Gesandter einstimmig gewählt. Kollege Khrstler schilderte sodann die große Notlage der erwerbslosen Kollegen und brachte in deren Auftrag einen Antrag ein, zur Unterbringung der Arbeitslosen die Arbeitszeit im ganzen Gau wöchentlich um etwa 10 Proz. zu kürzen und während dieser Zeit die Überstunden ganz zu verbieten. Auf Vorschlag des Kollegen Wabersky soll dieser Antrag zunächst den Vorstand beschließen unter Singulierung von Vertretern der Erwerbslosen. Kollege Marquardt be sprach die Notwendigkeit des Zusammenstehens der Erwerbslosen und deren Vertretung auf den Stempelstellen. Der Vorstand habe es in der letzten Zeit an der nötigen Unterstützung fehlen lassen; der Ortsauschusse wehre sich direkt gegen den Zusammenbruch der Erwerbslosen. Im Interesse der Erwerbslosen dürfen keine Überstunden mehr geleistet werden. Kollege Corti wies an Hand von Material nach, daß der Vorstand die erwerbslosen Kollegen jederzeit in vollstem Maße bei ihren Bestrebungen unterstützt habe. Eine Entlassung, die vom Ortsauschusse Anerkennung der Erwerbslosenvertrauensleute und Maßnahmen für die Durchführung des Achtstundentags fordert, wurde wegen einer Stimme angenommen. Über die Frage der Offenhaltung der Bibliothek entspann sich eine längere Debatte; beschlossen wurde, an der zweimal wöchentlichen Offenhaltung festzuhalten. Den Bericht über drei Versammlungen des Ortsauschusses erstattete Kollege Kubner. Der Bericht über den Vortrag Karnows über „Währungsverfall und Löhne“ laut ansehnlich unserer elenden wirtschaftlichen Lage größte Aufmerksamkeit. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß mit der jetzigen Form der Lohnregelung nicht mehr auszukommen sei. Die überreichlichen Arbeiter-hälten mit der steigenden Lohnhöhe sehr wohl Folge erziele. Nach einer Statistik seien dort im Durchschnitt 60 Proz. des Preiseneinkommens erreicht worden. Davon seien wir noch sehr weit entfernt. Der Vorschlag Karnows, der eine ähnliche Regelung bezwecke, sei daher wohl zu beachten. Der UDSG. und die Spitzenorganisationen hätten viel mehr Energie in der Krämpfung eines höheren Reallohn der deutschen Arbeiter entwickeln müssen. Auf Vorschlag des Vorstandes sollen folgende Weihnachtsunterstützungen gewährt werden: Arbeitslose Verbeirats 500 M., für jedes Kind 50 M., Ledige 400 M.; Kranke Verbeirats 500 M., Ledige 400 M.; Invaliden 500 M., Durchreisende 400 M., Witwen und Kriegserwitwen 300 M. Außerdem gelange der Überschub eines Konzerts der Liedertafel „Eulenberg“ in Höhe von 16000 M. an die Invaliden zur Verteilung. Der Bericht von den letzten Lohnüberlegungen konnte nicht erstattet werden, weil Kollege Rumbler noch zu den Tarifberatungen in Berlin weilte.

**Kassel.** In unserer Versammlung am 2. Dezember hielt zunächst Redakteur Seifert einen Vortrag über das Thema „Marktstabilisierung und Wirtschaftskrisis“. Redner verstand es in ausgezeichnete Weise, dieses aktuelle und komplizierte Thema erschöpfend zu behandeln. Vorsitzender Kretsch be sprach die Lage im Gewerbe und stellte fest, daß die Arbeitslosigkeit an Orte verhältnismäßig groß sei, außerdem werde in einer Reihe von Betrieben verhältnis gearbeitet. Redner kreierte das neue Lohnabkommen und die Tarifberatungen und schloß mit der Mahnung, fest zusammen zu stehen, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein. Beschlossen wurde, von allen vollberechtigten Kollegen in den vier Dezemberwochen einen wöchentlichen Ortsbeitrag von 100 M. zu erheben zur Unterstützung der Arbeitslosen, Kranken, Invaliden, Witwen und Waisen. An diese Unterstützungsbedürftigen sollen Bohns im Werte von 2000 bis 3000 M. auszugeben werden, gegen die im Konsumverleihen Waren entnommen werden können. Die Weihnachtskarte soll in der üblichen Weise veranstaltet werden. Der eventuelle Überschub wird zu Unterstützungen verwendet. Aus der Versammlung heraus wurde das neue Lohnabkommen einer Kritik unterzogen. Es kam zum Ausdruck, daß, wenn gleich man sich in Anbetracht der Verhältnisse damit abfinden müsse, das Resultrat doch in keiner Weise befriedigen könne. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erreichte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Stuttgart.** Zur Dezemberversammlung im neugegründeten „Volkshaus“ waren auch die Vertreter der Ortsvereine Sonneberg (Kollege Bierle) und Meiningen (Kollege Schuster) erschienen. Vom Ortsverein Sildbrunnhausen war leider kein Vertreter zur Entgegennahme des Berichts von der Bezirksvorsitzendenkonferenz in Weimar gekommen. Allgemein bedauert wurde, daß unter allseits beifolgender Gewerkschaftler Kollege Prog aus dem Amte schied. Die Erhöhung des Gaubeitrags wurde aufgegeben, die

Erhöhung der Beiträge zur Gaualtenkasse wurde als zu gering der Begehr entsprechend erachtet. Vom Bezirksvorsitzenden Smolinski wurde eine Warnung abgegeben, in der die Eltern auf die allgemeine schlechte Lage im Buchdruckgewerbe aufmerksam gemacht werden. Bis jetzt hat eine bürgerliche und die Parteileitungen im Bezirk diesen Mangel angenommen. Die Beschäftigungslosigkeit hat sich etwas gebessert, doch sind hauptsächlich in der Spielwarenindustrie noch viele Berufsabgänge, auch von Bediensteten, zu verzeichnen.

## Rundschau

**Neue tarifmäßige Lohnskalen.** Neue Lohnskalen, enthaltend die Löhne für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Wochen, Tage und Stundenlohn berechnet) und das Kostgeld der Bebinge. Kund vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 25 Mk. pro Exemplar bei vorheriger Zustellung sofort zu beziehen. (Postcheckkonto Nr. 85058 Berlin NW 7.) Vorherige Einlegung des Betrags der Einzahlung halber dringend erbeten. Wir empfehlen die Anschaffung dieser offiziellen Lohnskalen allen Kollegen.

An die Besteller von gebundenen „Storr.“-Nachträgen! Für 1923 können die Sonderdrucke auf befehligen Papier für Archivzwecke der hohen Kosten wegen nicht mehr hergestellt werden, auch die Uebersetzung von fertigen Einbänden wird aus dem gleichen Grunde eingestellt. Die Besteller eines gebundenen Nachtrags für 1922 müssen uns bis zum 27. Dezember mitteilen, ob sie Zufriedenheit bei Übernahme aller Selbstkosten haben wollen. Der Einband kommt allein auf 2200 M. zu stehen. Druck, Papier, Bezugspreis, Verpackung und Versand werden weiter etwa 1000 M. erfordern, so daß mit 3200 M. insgesamt gerechnet werden könnte. Unsere Geschäftsstelle ist bereit, auf Kosten der Besteller einen Nachtrag auch ungebunden zuzuliefern, wenn das Binden an Ort und Stelle befohl werden soll.

**Zunahme der Sehmachmaschinenfabriken und der Sehmachmaschinen.** Im Novemberbesten des „Deutschen Buch- und Steinbrucker“ ist eine größere Abhandlung von Rudolf Bär (Charlottenburg) zu finden, die sich „Sehmachmaschinen“ bezieht. Die alten Sehmachmaschinen sind nun abgelassen. Die trotz Zeitangestehens und dankbarer, lebenden Bildverdrucks stark begehrt und sehr hoch bezahlten Sehmachmaschinen werden nunmehr: auch von den Firmen Krupp in Essen, Bogaländische Maschinenfabrik in Wlaren i. N. und Rudolf Gobel in Darmstadt in größerer Veröolkommung gebaut. Krupp bringt die Sehmachmaschine heraus. Die sogenannte Darmstädter Sehmachmaschine ist eine Neuauflage des amerikanischen Linographen. Was aus Platten Neues kommen wird, ist aus dem Artikel auch nicht klar zu ersehen. Im Auslande, namentlich in Amerika, ist man auch drauf und dran, das Sehmachmaschinen-gebiet durch neue Konstruktionsarten zu bereichern. Ob es nun auch zu einer Verbilligung kommen wird, ist noch sehr fraglich bei den heutzutage üblich ungewanderten Konkurrenzverhältnissen, die nicht mehr von den Auftraggebern im preisermäßigenden Sinne ausgenutzt werden können.

**Millionenspende der schwedischen Faktoren.** Wie wir der „Graphischen Welt“ entnehmen, ging dem Vorstand des Deutschen Faktorenbundes das bisherige Ergebnis einer Spende der Faktoren Schwedens in Höhe von einer Million Mark zu. Die Summe soll zur Unterstützung bedürftiger Invaliden, Witwen und Waisen sowie Arbeitsloser Verwendung finden.

**Zufußkommen.** Das Technikum für Buchdrucker in Leipzig begehrt Mitte Mai n. N. die Feier des 25-jährigen Bestehens. Wir weisen auf das Infemat in vorliegender Nummer hin, in welcher ehemalige Schüler um Adressenangabe gebeten werden.

Die Not der Presse. Dem Reichstage ging am 14. Dezember ein zweifacher Gesetzentwurf über die Not der Presse zu, der vor allem die Erhöhung der Abgabe von Solgverkäufen bringt und der noch vor Weihnachten verabschiedet werden soll. Der Entwurf soll von den Reichstagsauschüssen so schnell erledigt werden, daß das Plenum ihn noch vor der Verlegung verabschieden kann.

**Befrafter Einbrecher.** Der frühere Buchdruckerelbhaber Franz Lubenberger in Albstadt wurde kürzlich vom Landgericht Traunstein wegen Einbruchsdiebstahls zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Arbeitslosigkeit im September und im Oktober 1922. Nach den Veröffentlichungen im Reichsarbeitsblatt betrug die allgemeine Arbeitslosigkeit in Deutschland nach den Angaben der Gewerkschaften im September 0,8 (1921: 1,4) Proz., im Oktober dagegen 1,4 (1,2) Proz. Für die weiblichen Mitglieder betrug sie im September 1,4 (1,4) und 2,4 (1,4) Proz. In 87 Gebieten arbeiteten Ende Oktober 4,7 Proz. aller Mitglieder verhältnis, zu Ende September war das mit 2,6 Proz. der Fall. Im graphischen Gewerbe ergaben sich am Schlusse der letzten Monatswoche von September 4,0 Proz. Arbeitslos; bei den Buchdruckern, Oktober hingegen 5,8 Proz.; bei den Steinbrüdern und Lithographen für September 1,1, für Oktober 3,1 Proz.; bei den Buchdruckerelbhaltern für September 1,3, für Oktober 1,6 Proz.; bei den Buchbindern für September 1,1, für Oktober 1,8 Proz. Wir Buchdrucker haben also die zweitgrößte Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe auf

## Korrespondenzen

**Gera.** Unsere Versammlung am 2. Dezember hätte infolge der wichtigen Tagesordnung einen besseren Besuch erwarten dürfen. Regelmäßiger Besuch der Versammlung gehört leider nicht zu den guten Eigenschaften eines Teiles unserer Kollegenschaft, der wir vernein, daß da der Ort ist, wo durch regen Gedankenaustausch der Blick geweitet wird zur Krämpfung unserer Ziele. Vor Eintritt in die Beratungen erbrachte die Versammlung das Ansehen eines vorbereiteten Kollegen. Als Hauptpunkte der Tagesordnung galten die Berichtserstattung von der Bezirksvorsitzendenkonferenz und die Erhöhung des Ortsbeitrags. Vorsitzender Traustel gab im

zuweisen und stehen auch erheblich über dem Reichsdurchschnitt der allgemeinen Arbeitslosigkeit.

**Erhebung über nationale und internationale Arbeitslosigkeit.** Die dritte Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz hat das Internationale Arbeitsamt beauftragt, eine besondere Erhebung über die Gesichtspunkte der nationalen und internationalen Arbeitslosigkeit zu veranstalten und Mittel zu ihrer Bekämpfung zu suchen. Die Erhebung soll rasch durchgeführt werden unter Mitwirkung der Weltgesundheits- und Finanzabteilung des Völkerbundes zur Regelung der durch die Erhebung ausgelassenen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen. Als Teil der Ergebnisse der Erhebung hat nun das Internationale Arbeitsamt eine Skizze (in französischer und englischer Sprache) vorgelegt, die zeigt, welche Mittel in den verschiedenen Staaten bisher angewendet wurden, um die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Personen zu unterstützen, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten zweckmäßig zu verteilen und neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen oder die wirtschaftliche Tätigkeit in einem gewissen Gleichmaß zu erhalten. Es wird in der Skizze u. a. gesagt, daß kaum ein Monat vergeht, ohne daß in einem oder dem anderen Lande neue Anregungen zu Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gegeben werden. Es ist von größter Wichtigkeit für jedes Land, die in dieser Beziehung im Ausland unternommenen Schritte kennen zu lernen. Dem Zweck, die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beurteilen zu können, dient die neue Skizze des Internationalen Arbeitsamts.

Die Papiergeldflut. Nach dem letzten Reichsausweis vom 7. Dezember beträgt der Bestand an Reichs- und Darlehensschulden 139,3 Milliarden, das ist seit der Vorwoche eine Vermehrung um 61,5 Milliarden Mark; Wechsel und Schecks 281,2 (+ 34,2) Milliarden, diskontierte Schatzanweisungen 726,6 (+ 54,4) Milliarden. Der Notenumlauf wuchs um 92,8 auf 847 Milliarden.

Das Schicksal der Kupferpfennige. Der „Vorwärts“ (Nr. 562) beschäftigt sich in einem Aufsatz mit der Abschaffung des Kupferpfennigs und warf die Frage auf, wo die Millionen Pfennigschmelze geblieben sein mögen. Ein Leser liest nun bei der Lösung des Rätsels beiläufig und teilt dem „Vorwärts“ mit, daß in dem Hüttenwerke von H. Mayer in Ver.in-Tempelhof die liebe alte Schmelzmaschine zu Tausenden von Kilogrammen eingeschmolzen wird. Bis vor einiger Zeit seien noch einige Wagenladungen vorrätig gewesen, die der Einkelmigung harren.

Steuerermäßigung für mittellose Angehörige. Nach § 47 des Lohnsteuergesetzes ist die für minderjährige Kinder vorgesehene Ermäßigung auf Antrag auch für mittellose Angehörige, die vom Steuerpflichtigen unterhalten werden, zu gewähren. Innerhalb ist dabei, ob der Unterhalt freiwillig gewährt wird oder auf gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung beruht. Auch braucht der Unterhalt vom Steuerpflichtigen weder allein noch in vollem Umfang bestritten zu werden. Es ist nur notwendig, die Gewährung von Unterstützung überhaupt nachzuweisen. Wichtig ist, daß Mittellosigkeit nicht nur dann vorliegt, wenn der betreffende Angehörige überhaupt keine Mittel hat, sondern auch dann, wenn die ihm zur Befriedigung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehenden Mittel so gering sind, daß er damit nicht instande ist, seinen notwendigen Unterhalt zu bestreiten. Als Angehörige sind alle Verwandten und Verwandtengeräten, Adoptiv- und Pflegeeltern und -kinder und der Ehegatte des Steuerpflichtigen anzusehen. Da die Angehörigen nicht zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählen müssen, kann die Ermäßigung beispielsweise auch für Kinder beansprucht werden, die aus irgendwelchen Gründen anderwärts untergebracht sind, sofern für sie nicht schon eine Ermäßigung bei dem Steuer-

abgabe des Haushaltungsvorstandes eingetretten ist. Wird ein Angehöriger von mehreren Steuerpflichtigen unterstutzt, so kann die Ermäßigung natürlich nur von einem beansprucht werden. Als Stichtag für die Berücksichtigung dieser Verhältnisse gilt der 10. Oktober, d. h. am 10. Oktober müssen diese Voraussetzungen auf den Hausstand zutreffen. Der Antrag ist beim zuständigen Finanzamt vor Ablauf des Jahres 1922, spätestens aber bis zum 31. Januar 1923, zu stellen. Die im Vorjahre bereits berücksichtigten Anträge müssen erneut gestellt werden, da sie nur Wirkung haben für ein Kalenderjahr. Bei der drückenden Steuerlast, die auf den Schultern der Lohnempfänger ruht, wäre es unverfänglich, wenn nicht alle Erleichterungen und Rechte, die das Gesetz gewährt, ausgenutzt und beansprucht würden. Wir empfehlen deshalb jedem, der glaubt, hier Ansprüche geltend machen zu können, sofortige Antragstellung.

Der Familienstand bei der Ausstellung der Steuerbücher. Die in Nr. 144 gebrachte Notiz enthält einen Irrtum infolge einer dem Verfasser gewordenen falschen Information. Für den Familienstand ist nämlich im ganzen Reich der 10. Oktober maßgebend. Die uns von einigen Leipziger Kollegen gemachten Mitteilungen, daß Finanzämter den 11. Oktober nannten, sind hierdurch hinfällig, tatsächlich gilt nur der 10. Oktober.

Ausstellung der Altmarktschlöffer. Alle unter der wilhelminischen Regierung unternommenen Versuche, die umfangreichen Öblanderente in nördlichsten Teile der Altmark, an der Grenze der Provinzen Sachsen und Hannover, der Volksernährung nutzbar zu machen, scheiterten, weil die Großgrundbesitzer, die die eigentlichen Herrscher unter dem monarchistischen System waren, von innerer Kolonialisation nichts wissen wollten. Erst im Jahre 1914 wurde, der Not gehorchend, eine Zwangsgenossenschaft gegründet und mit den Entwässerungsarbeiten des 24000 Morgen umfassenden Öblandes begonnen. Mit einem Kostenaufwande von nur 12 Mill. M., die in der Hauptsache von den anliegenden Gemeinden getragen werden, sind nun die wasserrechtlichen Arbeiten beendet worden. Die Vermeerung der Nahrungsmittel für unser Volk durch die Kultivierung dieses Landstriches ist erfreulich. Noch erfreulicher wäre es, wenn solche Vermeerung der Erzeugung preisregulierend wirken würde.

Verschiedene Eingänge. „Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatschrift für das graphische Gewerbe. 40. Jahrgang. Seite 10, u. 11. Redakteur und Herausgeber August Müller in St. Gallen (Schweiz). Halbjährlich bei direkter Zust. lung einschl. Porto 5,50 Fr. für die Schweiz, 6,75 Fr. für das Ausland.

Briefkasten. H. G. in B.: Besten Dank für Zuführung, wird bei nächster Gelegenheit erwidelt. — P. M. in B.: Danken zur Kenntnis genommen. — A. G. in C.: Gratum ist unbedeutend, aber doch unerschütterlich. — J. H. in C.: Die Bedeutung der alten Buchdruckerkunst. Manuskripte nicht mit Bleistift zu schreiben, Buchdruckerkunst. Manuskripte nicht mit Bleistift zu schreiben. — 2. Ausgabe auf farblich farbige und als solche schon gekennzeichnete Ziffern kann nicht stattfinden, die daran geknüpften Folgerungen sind demgemäß hinfällig. — G. W. in B.: Es müßte doch allbekannt sein, daß der „Vor.“ nur bei ganz besonderen Gelegenheiten Gedichte bringt und dann auch nur solche ausgereifterer Art. Beide Voraussetzungen treffen in Ihrem Falle nicht zu. — P. M. in B.: Ihre Dichterei würde bei Ihren Privatkollegen ebenfalls Entsetzen erregen. — G. S. in C.: Wenn Sie sich für einen hüben, ja, sonst wachlos. — Nach G.: Wird noch rechtzeitig gebracht werden können. Das Forumtrömmeln auf Berlin unterbleibt aber; Sie können ja heute kontinuierlich Gegenüberstellungen vornehmen, und was in den Südtönen über 500000 Einwohner jetzt allein schon die Elektrizität erfordert, ist nur ein Beispiel, daß nicht alles in einen Topf geworfen werden kann. Auch einige andere Argumente sind nicht glücklicherweise gewählt. — A. C. in St. Gallen: Der bewußte Brief ging laßlich verloren, wie geht lo monder Auslandsbrief, in dem Geld vermutet wird. Alles andere wird wunschgemäß erledigt. Frdl. Gruß. — H. B. in Neuwied: 90 M.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 511.  
Vorsprecher: Emil Kurfürst, Nr. 1191.

**Bekanntmachungen**  
Betreffend Statistikarten für die Zählung der Arbeitslosen

Die für das Reichsamt für Arbeitsvermittlung bestimmten Statistikarten für die Zählung der Arbeitslosen für den Monat November 1922 sind von den nachbenannten Orten nicht eingekandt worden: Angerburg, Soldap, Heilgenhain, Osterode, Stallupönen, Wehlau, Semlin, Halle a. d. S., Heide I., Kolln., Donau, Kolln., Kumbach, Lindenbergr, Mesbach, Mindelheim, Mühlbach, Pörritzsch und Storkau.

Die Hauptverwalter.  
Gaulfeld. Der Seher Karl Steffen (Hauptbuchnummer 10240), zuletzt in Gaulfeld in Konstantin, wird ersucht, seinen letzten Beitrag von 96 M. (5. bis 11. November) per sofort an Fr. Hartmann, Breitelstraße 42, einzulösen. Die verebtl. Funkhändler werden ersucht, Stellen darauf aufmerksam zu machen.

Arbeitslosenunterstützung  
Hauptverwaltungsamt, Berlin, vom Monat Oktober 1922.  
Auf der Seite 239 Mitglieder.  
Die Unterstützung erhielten 215 Mitglieder.  
An Arbeitslosentagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Beschäftigungsart	In der Reichsunterstützung		In der Ortsunterstützung		Unterstützungssumme insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher	220	3792	4198	66639	70431
Maschinenführer	—	—	119	1793	1793
Drucker	47	718	851	11155	11873
Stereotypsetzer	2	15	75	1096	1111
Galvanoplastiker	—	—	22	216	216
Schreiner	—	—	31	500	500
Malere	—	—	6	100	100
Schlichter	—	—	13	188	188
Stempelschneider	—	—	—	—	—
<b>Gesamt</b>	<b>269</b>	<b>4525</b>	<b>5315</b>	<b>81687</b>	<b>86212</b>

Arbeitslos verblieben am 31. Oktober 1922: 3356 Mitglieder.  
An Unterstützungen wurden gezahlt:  
Reichsunterstützung: 212 527,30 M.  
an 269 Mitglieder für 4525 Tage

Ortsunterstützung:

an	Mitglieder	für	Tage	a	M.	=	M.
an	6	Mitglieder	für	244	Tage	a	2,— M. = 488,— M.
7	102	a	7,—	714,—			
3	52	a	7,50	390,—			
1	28	a	8,—	224,—			
7	157	a	10,—	1570,—			
6	125	a	10,50	1312,50			
1	28	a	11,—	308,—			
43	565	a	16,—	9040,—			
32	464	a	20,—	9280,—			
6	104	a	24,—	2496,—			
1872	30 392	a	35,—	1 063 720,—			
1903	28 669	a	45,—	1 290 005,—			
1424	20 733	a	50,—	1 036 650,—			
1	7	a	65,—	455,—			
1	11	a	74,—	814,—			
1	3	a	75,—	225,—			

an 5315 Mitglieder für 81 687 Tage = 3 521 606,50 M.  
Insgesamt wurden im Monat Oktober gezahlt:  
1922: 7734 133,80 M. für 86 212 Tage  
1921: 7347 19,10 M. = 21860 M.  
mehr 1922: 3 656 714,70 M. für 64 352 Tage

**Berammungskalender**  
Seh-Osterfeld. Generalversammlung Donnerstag, den 21. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der „Guten Quelle“.

Des Buchdruckers liebtes Weihnachtsgeschenk  
Die Zengklisse 1923  
Auslöser, reich illustrierter Almanach in hübscher, farbigem Einband.  
Von der gesamten Buchdruckerkunst, von allen Buchständern und Angehörigen des Buchgewerbes mit großer Spannung erwartet.  
Herausgegeben von Rudolf Engel-Sardi.  
Verlag Gut. Mäfer, Leipzig-A., Senefelderstraße 13/17.  
Postcheckkonto Leipzig 6621.  
Preis 2,50 M. x Feuerungszeit des Abdruckens (gegenw. 400).  
Die Auflage ist voraussichtlich bald vergriffen. Bestellen Sie deshalb sofort.

**Jangjähriger Meister einer Galvanoplastik und Stereotypieanstalt**  
(gelehrter Schriftsetzer), erweist Kundgebungen, Hoch- und Tiefdruckverfahren mit direktem Niederdruckverfahren, hat selbständige Erfahrung mit galvanischen Galvanoplastik und Stahlstempelarbeiten für die Schriftsetzer-Matritzenherstellung, wünschenswert seine Stellung zu verändern. Besteht aus noch längere Jahre Südtier und Werkzeuge einer bedeutenden deutschen Hauswirtschaft. 1604  
Best. Zuschriften befördert W. Hoffmann, Wien V, Amberggasse 7 111/20.

Für unreine Sauglehre suchen wir sofort einen gut durchgebildeten, selbständig arbeitenden  
**Schriftgießer**  
In Dauerstellung. Bezahlung nach Schriftlohn.  
Bewerbungen mit Unterlagen und Angabe des frühesten Eintrittstermins erbeten an  
Vogelverlag, Betriebsbureau, Mühlbach (Zürich).

**Schriftsetzer**  
19 Jahre alt, Stenograph, in allen Satzarten bewandert, sucht bald oder später Dauerstellung. Galt wohn.  
Best. Angebote an Georg Roth, Neumarkt I. Schl., Conntadstraße 15.

**Schriftsetzer**  
20 1/2 Jahre alt, bewandert im Abdruck, Werk- und Tabellenatz, sucht sofort Dauerstellung. 591  
Best. Angebote an Heinrich Selger, Abergingen (See), Mühlnerstr. 55, erbeten.

**Seberstereotypen**  
Jünger  
18 Jahre alt, firm in Rund und Flach, sucht sofort Stellung.  
Angebote an  
Otto Gassenberg, Neuwegerleben bei Döherleben (Bode (Prov. Sachl.)).

**Galvanoplastiker**  
mit Stereotypie vertraut, 21 Jahre alt, wüßte in Prägen, Abdrucken und Ätzen (auch Bleisprünge), sucht sich zu verändern. 610  
Beste Angebote erbitte Adolf Schöffe, Berlin-Lärche I. B., Trauerstraße 19.

**Inland!**  
Jünger, unverheirateter, tüchtiger  
**Rund- und Flachstereotypen**  
in allen vorhandenen Arbeiten sowie an modernen Maschinen vertraut, sucht sofort Stellung.  
Best. Offerten erbeten an  
Geig. Pautsch, Köpzigberg I. Pr. Unterabergberg 32 II.

**Ausland!**  
Infolge der überaus zahlreichen eingehenden Bewerbungen auf das an gleicher Stelle offerierte gesetzlich geschützte Würstchen wird die beschleunigte Abwendung in der Reihenfolge der Eingänge. Das Spiel wird gegen Boreinführung von 230 M. (Eckpreis 500 M.) auf Postcheckkonto Leipzig 92875 per sofort zu gefandt. 585  
W. D. Wwe, Taucha-Relzig.

**Das Zechnitum f. Buchdrucker in Leipzig**  
bittet seine ehemaligen Schüler, ihre Wohnungsanschriften Herrn O. Steinmetz, Leipzig, Senefelderstraße 4, zukommen lassen zu wollen.

**Meiners Konversationslexikon**  
zweite Auflage, 16 Bände, gut erhalten, verkauft gegen Höchstgebot.  
Bernmann Weh, Wriehen a. d. Nebe, Mittelstraße 32 I.

Die Programme für den  
**Gerhart-Hauptmann-Abend**  
sind ausverkauft.  
Typographische Vereinigung Berlin.  
**Welche Kollegen**  
verkaufen oder tauschen sofort Briefmarken? Kaufe jegliche alle Europamarken, auch Sammlungen. Wechselkurs Memel, Danzig, Marienburg, Osterfeld, Schwelz usw. zu Höchstpreisen. Erbittet Erlaubnisse.  
J. Gallscheer, Stuttgart, Lindenstraße 7.

**Verbandsnadel** (W. D. B.) in echt  
findet ausverkaufte.  
Erhält N. Stigl, München 9.  
Inserm leben Kollegen  
**Joseph Diebler**  
zu seinem heutigen 25jährigen  
Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche!  
„Typographia“ Neuwied.

Am 13. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Seher 1908  
**Heinrich Diebeler**  
aus Bogum, im 67. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.